



Pressemitteilung

Ansbach, 23. August 2016

Stadt auf Wegfall von 44 Prozent der Ansbacher Sozialwohnungen unzureichend vorbereitet

OLA: Oberbürgermeisterin muss Verwaltung für kommunalen Wohnungsbau ertüchtigen

Antrag noch unbearbeitet: „Sparkassengewinne für bezahlbaren Wohnraum investieren“

Das Dilemma war absehbar. Der Ablauf der Sozialbindungen bei den von CSU und SPD dereinst verscherbelten städtischen Wohnungen wird Ansbach in den kommenden Jahren mit voller Wucht treffen: 44 Prozent der verbliebenen 411 Sozialwohnungen werden demnächst wegfallen, wie Baureferent Jochen Büschl gegenüber der *Fränkischen Landeszeitung* jetzt mitteilte. Die Stadt scheint derweil nur unzureichend auf die resultierenden Herausforderungen vorbereitet.

Dazu erklärt die Stadtratsfraktion der Offenen Linken Ansbach (OLA): „Bezahlbarer Wohnraum wird infolge des Wachstums der Hochschule, der Stadtfucht insbesondere älterer Menschen aufgrund fehlender Versorgungsstrukturen auf dem Land nach Ansbach sowie einem weiterhin überdurchschnittlich großen Niedriglohnsektor, der für viele Menschen steigende Mieten oft unerschwinglich macht, dringend benötigt. Dass trotz staatlicher Förderprogramme die Stadt personell nicht in der Lage ist, dieser Entwicklung zu begegnen und in Chancen für Ansbach umzumünzen, ist ein Alarmsignal an die Politik. Wir erwarten von OB Carda Seidel, dass sie in den anstehenden Haushaltsberatungen die Verwaltung für kommunalen Wohnungsbau ertüchtigt und einen Etatentwurf vorlegt, der die entsprechende Finanzausstattung berücksichtigt.“

Mit Verweis auf geeignete Flächen für Wohnbau in städtischem Besitz, etwa dem Messegelände, stellt die OLA weiter fest: „Es ist illusorisch zu glauben, dass gewinnorientierte Bauunternehmen den Verlust von 180 Sozialwohnungen bei gleichzeitig steigendem Bedarf kompensieren. Daher haben wir im März 2016 einen - bislang unbearbeiteten - Antrag für den Wiederaufbau einer kommunalen Wohnungsbaugesellschaft eingebracht (http://offene-linke-ansbach.de/Content/Stadtrat/Antraege/2016/Antrag_OLA_kommunaler_Wohnungsbau_160330.pdf). Zusammen mit einem Finanzierungsvorschlag, nämlich der Verwendung eines Teils der sehr üppigen Gewinne der kommunalen Sparkasse Ansbach, steht ein konkretes Angebot an die Fraktionen des Stadtrats für gemeinwohlorientiertes Handeln bei der Wohnraumfrage.“

gez. Boris-André Meyer, Fraktionsvorsitzender